

Mainz, 03.02.2016

Antrag 0219/2016/1 zur Sitzung Stadtrat Stadtrat am **03.02.2016**
03.02.2016

Sicherheit auf den Kita- und Schulwegen - Hol – und Bringzonen an Mainzer Schulen und Kitas (Änderungs- und Ergänzungsantrag SPD, DIE GRÜNEN, FDP)

Der Antrag wird in folgenden Punkten geändert:

Punkt 1. wird durch folgende Formulierung ersetzt:

Der Stadtrat unterstützt das Vorgehen der Verwaltung, noch in diesem Jahr die Verkehrssicherheit insbesondere für Kinder rund um die Mainzer Grundschulen durch externe Gutachter analysieren zu lassen und daraus resultierend in enger Absprache mit der Polizei Maßnahmen zu ergreifen, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Die Sicherheit der Kinder hat dabei absoluten Vorrang vor den Einzelinteressen einzelner Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer. (Sogenannte Hol- und Bringzonen für Eltern sollen nur dann eingerichtet werden, wenn Verkehrsexperten und Polizei sie für förderlich für die Verkehrssicherheitslage erachten.).

Die ersten 10 Schulen, deren Umfeld genauer analysiert wird, werden nach Einschätzung der aktuellen Gefahrenschwerpunkte nach Rücksprache mit der Polizei ausgewählt.

Punkt 2 wird wie folgt geändert:

„Die Verwaltung wird gebeten“ wird ersetzt durch „Die Verwaltung wird darin bestärkt“

Der Antrag wird des Weiteren um folgende Punkte ergänzt:

5. Bei der Überprüfung der Verkehrssicherheitslage sind insbesondere Nutzungskonflikte mit anderen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern zu überprüfen und im Sinne der maximalen Verkehrssicherheit für Kinder auf Fuß- und Radwegen zu überprüfen. Dabei soll auch die spezielle Perspektive von Kindern eingenommen, sowie deren Wahrnehmungs- und Reaktionsfähigkeiten bedacht werden. Auf eine ausreichende Einsehbarkeit und Beleuchtung von möglichen Konfliktpunkten für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer ist zu achten. Auch die Optimierung von Warnhinweisen und Lichtsignalanlagen soll überprüft werden.
6. Bestehende Querungsmöglichkeiten sollen, wo notwendig, angepasst und Schulwegepläne ggf. überarbeitet werden.
7. Bei der Analyse ist der ruhende sowie der fließende Verkehr nicht nur in Hinsicht auf die derzeit geltenden Regelungen, sondern auch auf das reale Verhalten der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer zu betrachten. Darauf aufbauend sollen entsprechende Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit eingeleitet werden. Dazu gehören unter anderem die Einhaltung von Tempolimits sowie geltender Parkverbote.
8. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Einrichtung vom Land zu genehmigender stationärer Radarkontrollen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit vor Kitas und Schulen beitragen kann.
9. Die Verwaltung wird gebeten beim Land darauf hinzuwirken zu prüfen, ob den Kommunen die Überwachung von Rotlichtverstößen ermöglicht werden kann.
10. Die Verwaltung wird gebeten, die Mainzer Schulen und Kitas nochmals darum zu bitten, weiterhin das Thema verkehrssicheres Verhalten allgemein und in Bezug auf die Situation vor der jeweiligen Einrichtung im Besonderen im Rahmen des Schul- bzw. Vorschulunterrichts regelmäßig altersgemäß zu behandeln. Die Verwaltung wird gebeten, weiterhin den Einsatz ehrenamtlicher Schülerlotsen zu fördern.

Begründung:

Die Verkehrsverwaltung plant seit längerem die Überprüfung der Verkehrssicherheit vor Schulen und hat bereits Ende 2015 angekündigt, diese Analyse in 2016 in Auftrag zu geben. Einzelne Vorschläge sind immer willkommen, deren Sinnhaftigkeit gilt es jedoch für jede zu untersuchende Einrichtung individuell durch Verkehrsexperten und die Polizei überprüfen zu lassen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Eckart Lensch	Sylvia Köbler-Gross	Walter Koppius
SPD	GRÜNE	FDP